

Aufnahmeunterlagen für pädagogische Einrichtungen der Gemeinde Sonnenbühl

Unterlagen zur Abgabe in der pädagogischen Einrichtung



Wichtige Hinweise:

- Bitte bringen sie alle Unterlagen ausgefüllt zum Aufnahmegespräch mit.
- Die Unterzeichnung hat immer durch alle vorhandenen Personensorgeberechtigten zu erfolgen, es sei denn, die personensorgeberechtigten Eltern leben getrennt und das Kind hält sich mit Einwilligung des einen Elternteils oder auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung gewöhnlich bei dem anderen Elternteil auf. In diesem Fall genügt die Unterschrift desjenigen Elternteils, bei dem das Kind lebt.
- Datenschutz-Pflichtinformationen gemäß Art. 12ff DSGVA bzw. §v 16 DSG-EKD zur Verarbeitung personenbezogener Daten entnehmen Sie bitte unserer Datenschutzerklärung der Gemeinde Sonnenbühl.

Folgende Tabelle wird am Aufnahmegespräch von der pädagogischen Fachkraft ausgefüllt.

Dokumententitel	Abgabe in der Einrichtung	Abgabe noch ausstehend	Nachgereicht am:
Aufnahmebogen			
Öffnungszeiten			
Richtlinien des Sozialministeriums und des			
Kultusministeriums über die ärztliche			
Untersuchung nach § 4 des			
Kindertagesbetreuungsgesetzes und die			
ärztliche Impfberatung nach § 34 Abs. 10a			
des Infektionsschutzgesetzes			
Bescheinigung über die ärztliche			
Untersuchung und die ärztliche			
Impfberatung			
Auszug aus den Handlungsempfehlungen			
zur Wahrnehmung der Aufsichtspflicht beim			
Heimweg von der Tageseinrichtung (UKBW)			
Abholberechtigung für den Heimweg			
Erklärung zur Schweigepflicht			
Einverständniserklärung zur Erfassung von			
Daten zur Bildungs- und			
Entwicklungsdokumentation			
Einwilligungserklärung – Aushang von Fotos			
in der Kindertageseinrichtung			

Dokumententitel	Abgabe in der Einrichtung	Abgabe noch ausstehend	Nachgereicht am:
Einwilligungserklärung – Interne Veröffentlichung sowie Veröffentlichung in örtlichen Druck-Medien	3		
Einverständniserklärung für Aktivitäten außerhalb der Einrichtung			
Einverständniserklärung - Kooperation			
Einverständniserklärung - (medizinische) Versorgung			
Einverständniserklärung - Zeckenentfernung			
Belehrung für Eltern und sonstige Sorgeberechtigte durch Gemeinschaftseinrichtungen gem. § 34 Abs. 5 Satz 2 Infektionsschutzgesetz			
Mitteilung bei Läusebefall			
Unterlagen bei Bedarf (werden nach Bedarf eingetragen)			
Aufnahmegespräch am:			
Teilnehmende Personen:			
	Unterschrift Leitun der Einrichtung	g / stellv. Leitung	/ Stempel

Aufnahmebogen



Aufnahme a	am:	Schwäbische A
1. Angabe	n über das Kind	
Vor und Na	chname:	
Geburtsdatı	um:	Geburtsort:
Konfession:	:	Staatsangehörigkeit:
Geschlecht	:	_
Adresse:		
Telefon:		E-Mail:
Name, Anso Krankenkas Name, unte 3. Übersta () Masern () Mumps () Scharla	r dem das Kind mitversichert andene Krankheiten (Zutre () Röteln () Windpocken ich () Keuchhusten	ist:
Allergien:		
4. lmpfunç	gen: Vorlage des Impfaus	weises erforderlich (Original)
Tetanus	1. am:	2. am:
	3. am:	4. am:
Diphtherie		
Masern	1. am:	2. am:
Sonstige Im	npfungen:	

6. In Notfallen telefonisch zu erreichen:	
Vor und Nachname:	Telefon:
Vor und Nachname:	Telefon:
Vor und Nachname:	Telefon:
7. Geschwister	
Anzahl der zur Familie gehörigen Kinder unter 18 Jah	iren
Vorname: Ge	eburtsdatum:
Vorname: Ge	eburtsdatum:
Vorname: Ge	eburtsdatum:
8. Angaben über die Personensorgeberechtig	ten
Mutter Vor und Nachname:	_ Konfession:
Beruf:	Staatsangehörigkeit:
Wohnadresse:	
E-Mail:	
Adresse der Arbeitsstätte:	
sorgeberechtigt (Wenn zutreffend bitte ankreuze	en)
Vater Vor und Nachname:	Konfession:
Beruf:	Staatsangehörigkeit:
Wohnadresse:	
E-Mail:	<u> </u>
Adresse der Arbeitsstätte:	
sorgeberechtigt (Wenn zutreffend bitte ankreuze	en)
Ort, Datum:	
Unterschrift Personensorgeberechtigten Ur	nterschrift Personensorgeberechtigten

Öffnungszeiten



Ich melde mein Kind	
Name, Vorname	Geburtsdatum
zu folgendem Betreuungsmodell an (b	oitte ankreuzen bzw. ausfüllen):
☐ Betreuungsmodell A: Montag bis Freitag: 7:00 Uhr b	ois 13:00 Uhr
☐ Betreuungsmodell B: Montag bis Freitag: 7:00 Uhr b	ois 14:00 Uhr
Ganztagesbetreuung und Krippe Montag bis Donnerstag: 07:00 Freitag: 07:00 Uhr bis 14:00 U	Uhr bis 16:30 Uhr

Warmes Mittagessen

An den Tagen, an denen Ihr Kind nach Modell B betreut wird, gibt es die Möglichkeit zu einem gemeinsamen warmen Mittagessen. Bei der Ganztagesbetreuung und Krippe ist die Teilnahme am Mittagessen Pflicht. Details darüber erfahren Sie von den pädagogischen Fachkräften.

Schließtage

An einigen Tagen im Jahresverlauf ist die Einrichtung geschlossen. Über die Schließtage werden Sie von der Einrichtung informiert.

Ferienbetreuung

In den Sommerferien der Einrichtungen bieten wir in der Regel zentral für alle Kindergartenkinder der Gemeinde eine Ferienbetreuung an. Details darüber erfahren Sie zu gegebener Zeit über den Kindergarten und dem Amtsblatt.

Richtlinien des Sozialministeriums und des Kultusministeriums über die ärztliche Untersuchung nach § 4 des Kindertagesbetreuungsgesetzes und die ärztliche Impfberatung nach § 34 Abs. 10a des Infektionsschutzgesetzes

1. Allgemeines

- 1.1 Jedes Kind muss vor der Aufnahme in eine Kindertageseinrichtung einmalig ärztlich untersucht werden. Kindertageseinrichtungen sind gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 des Kindertagesbetreuungsgesetztes Kindergärten, Tageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen und Kinderkrippen.
- 1.2 Zweck der ärztlichen Untersuchungen ist festzustellen, ob dem Besuch der Kindertageseinrichtung medizinische Bedenken entgegenstehen.
- 1.3 Die ärztliche Untersuchung soll sich insbesondere auf den Stand der k\u00f6rperlichen und psychischen Entwicklung, die Sinnesorgane und Auff\u00e4lligkeiten des Verhaltens erstrecken. \u00e4rztliche Untersuchungen in diesem Sinne sind auch die Fr\u00fcherkennungsuntersuchungen U3 bis U9 bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres (Kinder-Richtlinie in der Fassung vom 18. Juni 2015 BAnz AT 18.08.2016 B1-, zu Letzt ge\u00e4ndert am 18.Mai 2017 BAnz AT 24.07.2017 B2 -) nach \u00e5 26 Abs. 2 in Verbindung mit \u00e5 25 Abs. 4 S. 2 des F\u00fcnften Buches Sozialgesetzbuch:

U3: vierte bis fünfte Lebenswoche

U4: dritter bis vierter Lebensmonat

U5: sechster bis siebter Lebensmonat

U6: zehnter bis zwölfter Lebensmonat

U7: 21. bis 24. Lebensmonat

U7a: 34. bis 36. Lebensmonat

U8: 46. bis 48. Lebensmonat

U9: 60. bis 64 Lebensmonat

- 1.4 Die ärztliche Untersuchung darf nicht länger als zwölf Monate vor der Aufnahme in die Kindertagseinrichtung durchgeführt worden sein.
- 1.5 Vor der Erstaufnahme eines Kindes in eine Kindertageseinrichtung hat zusätzlich eine ärztliche Impfberatung der Personensorgeberechtigen bezüglich eines vollständigen, altersgemäßen und nach den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission ausreichenden Impfschutzes zu erfolgen.
- 1.6 Zweck der ärztlichen Impfberatung ist es, dem Impfschutz von Kindern in Kindertageseinrichtungen ein besonderes Augenmerk zu schenken und zu einem altersgemäßen Impfschutz beizutragen.
- 1.7 Die ärztliche Impfberatung hat zeitnah vor der Aufnahme in die Kindertagesseinrichtung zu erfolgen.

2. Vorlage einer Bescheinigung über die ärztliche Untersuchung und die ärztliche Impfberatung

2.1 Bei der Aufnahme des Kindes in eine Kindertagesseinrichtung haben die Personensorgeberechtigten dem Träger der Kindertagesseinrichtung eine ärztliche Bescheinigung über das Ergebnis der ärztlichen Untersuchung und die durchgeführte Impfberatung auszuhändigen. Aus der Bescheinigung muss ersichtlich sein, ob gegen die Aufnahme in eine Kindertageseinrichtung medizinische Bedenken bestehen oder dass bei einer gesundheitlichen Beeinträchtigung des Kindes, sofern eine Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht durch die Personensorgeberechtigten vorliegt, die Voraussetzungen für die Aufnahme des Kindes in Kindertagesbetreuung mit Fachkräften der Kindertageseinrichtung geklärt werden. Die Bescheinigung muss darüber hinaus den Nachweis enthalten, dass eine Impfberatung bezüglich eines vollständigen, altersgemäßen und nach den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission ausreichenden Impfschutzes erfolgt ist.

2.2 Für die ärztliche Bescheinigung über das Ergebnis der ärztlichen Untersuchung und die durchgeführte Impfberatung ist der Vordruck nach dem als Anlage beigefügten Muster zu verwenden.

3. Aufgaben des Trägers der Kindertageseinrichtung

- 3.1 Der Träger der Kindertageseinrichtung hat die Personensorgeberechtigten bei der Anmeldung darauf hinzuweisen, dass das Kind vor der Aufnahme in die Kindertageseinrichtung ärztlich untersucht werden muss sowie eine ärztliche Impfberatung stattfinden muss. Hierzu lässt er den Personensorgeberechtigten einen Vordruck der ärztlichen Bescheinigung nach dem als Anlage beigefügten Muster zukommen und kontrolliert die Vorlage der ausgefüllten Bescheinigung durch die Personensorgeberechtigten.
- 3.2 Wenn der Nachweis über eine ärztliche Impfberatung nicht erbracht wurde, benachrichtigt die Leitung der pädagogischen Einrichtung das Gesundheitsamt, in dessen Bezirk sich die Einrichtung befindet und übermittelt dem Gesundheitsamt personenbezogene Angaben. Das Gesundheitsamt kann die Personensorge-berechtigten zu einer Beratung laden.

4. Ergänzende Bestimmungen

- 4.1 Nehmen die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Arbeiter der Einrichtung bei einem Kind deutlich erkennbare Entwicklungsverzögerungen oder- Störungen wahr, empfehlen sie den Personensorgeberechtigten eine Vorstellung des Kindes bei einer Kinderärztin oder einem Kindearzt oder einer Interdisziplinären Frühförderstelle beziehungsweise einer Sonderpädagogischen Beratungsstelle. Auskunft über geeignete Frühförder- bzw. Beratungsstellen im Stadt- oder Landkreis gibt das zuständige Gesundheitsamt, die regionale Arbeitsstelle Frühförderung der unteren Schulaufsichtsbehörde oder die Überregionale Arbeitsstelle Frühförderung im Regierungspräsidium Stuttgart. Nach Einwilligung der Personensorgeberechtigten kann die Kindertageseinrichtung den Kontakt zu Interdisziplinaren Frühförderstelle bzw. Sonderpädagogischen Beratungsstelle auch direkt herstellen.
- 4.2 Bei Personen, die an bestimmten übertragbaren Krankheiten erkrankt oder dessen verdächtig sind oder die verlaust sind, sind die Vorschriften des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) zu beachten.
- 4.3 Wird der Nachweis über die ärztliche Impfberatung nicht erbracht, kann dies nach § 73 Abs. 1a Nr. 17a IfSG mit einer Geldbuße von bis zu 2.500 Euro durch die Ortspolizeibehörde geahndet werden.

5. Die Regelungen zu ärztlichen Untersuchung gelten für die Aufnahme eines Kindes in Kindertagespflege entsprechen.

6. Inkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach Ihrer Veröffentlichung in Kraft und am 30.06.2024 außer Kraft. Mit Inkrafttreten dieser Verwaltungsvorschrift treten die Richtlinien des Kultusministeriums und des Ministeriums für Arbeit und Soziales über die ärztliche Untersuchung nach § 4 des Kindertagesbetreuungsgesetzes vom 28. September 2009 (GABI. S. 261, K. u. U. S. 202) außer Kraft.

Bescheinigung über die ärztliche Untersuchung und die ärztliche Impfberatung



Nach den Richtlinien des Sozialministeriums und des Kultusministeriums über die ärztliche Untersuchung nach § 4 des Kindertagesbetreuungsgesetzes und die ärztliche Impfberatung nach § 34 Abs. 10a des Infektionsschutzgesetzes

Das	Kind:	
Vor u	und Nachname:	Geburtsdatum:
Adre	esse:	
wurd	de am	
		agesbetreuungsgesetzes und der oben genannten g und Impfberatung ärztlich untersucht.
best		r Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege ung der gesetzlichen Früherkennungsuntersuchung
	keine medizinischen Bedenken	
	medizinische Bedenken	
	Kindes in einer Kindertageseinrich Personensorgeberechtigen und Fa	rächtigt. Die Voraussetzungen für die Aufnahme des tung oder in Kindertagespflege werden mit den achkräften der Kindertageseinrichtung oder der die Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht aten vorliegt.
Das	Untersuchungsergebnis ist den Perso	onenberechtigten mitgeteilt worden.
	Verbindung mit den oben genannte Impfberatung in Bezug auf ein Empfehlungen der Ständigen Imp	34 Absatz 10a des Infektionsschutzgesetzes in en Richtlinien über die ärztliche Untersuchung und en vollständigen, altersgemäßen und nach den fkommission ausreichenden Impfschutz des Kindes beziehungsweise im Rahmen der U
Ort, I	Datum:	
Unte	erschrift der Ärztin / des Arztes	Stempel der Ärztin / des Arztes

^{*)}Diese Erklärung ist nicht erforderlich vor Aufnahme in die Kindertagespflege

Auszug aus den Handlungsempfehlungen zur Wahrnehmung der Aufsichtspflicht beim Heimweg von der Tageseinrichtung (UKBW)



Die Pflicht zur Beaufsichtigung der Kinder obliegt den Personensorgeberechtigten. Bei der Anmeldung des Kindes in eine Kindertageseinrichtung wird die Übertragung der Aufsichtspflicht als Teil des Betreuungsvertrages mit dem Träger vereinbart.

Nach Beendigung des Kindergartenbesuchs haben die Mitarbeiter/innen der Kindertageseinrichtung die Pflicht, die Kinder ordnungsgemäß aus Ihrem Aufsichtsbereich wieder den Personensorgeberechtigten zu übergeben.

Das Kind wird entweder einem Personensorgeberechtigten bzw. einer von Ihnen beauftragten Person übergeben oder tritt den Heimweg alleine an.

Unbegleitete Heimweg der Kinder von der Kindertageseinrichtung

Da Kinder im Kindergartenalter nach einheitlicher Ansicht von Psychologen und der Verkehrswacht noch nicht verkehrstüchtig sind, dürfen sie zu ihrem eigenen Schutz grundsätzlich nur unter Aufsicht und Anleitung einer geeigneten Begleitperson am Straßenverkehr teilnehmen. Die Begleitperson muss zur ausreichenden Einwirkung auf das Kindergartenkind in der Lage sein und so seinen sicheren Hin- bzw. Heimweg gewährleisten können.

Ob Kinder alleine nach Hause laufen können, ist nach den Umständen, wie der Reife des Kindes und der Gefährlichkeit des Weges zu beurteilen.

Eine Erklärung der Eltern, wonach sie damit einverstanden sind, dass ihr Kind den Weg alleine oder mit einem nur wenig älteren Geschwisterkind zurücklegt, ist nach allgemeiner Auffassung unbeachtlich, da das Recht des Kindes auf Schutz vor Gefahren und Unverletzlichkeit von Leben und Gesundheit das Bestimmungsrecht der Eltern überwiegt.

Die Abholung von Kinder durch Geschwisterkinder

Grundsätzlich muss nach psychologischen Erkenntnissen davon ausgegangen werden, dass Kinder unter 12 Jahren nicht als Begleitperson geeignet sind. Diese sind oft selbst noch nicht voll in den Straßenverkehr integriert. Zudem besteht die erhebliche Gefahr, dass Geschwisterkinder nicht die nötige Autorität besitzen um gefährliches Verhalten im Straßenverkehr beim Kindergartenkind zu unterbinden.

Wenn der Kindergarten ein Kind an eine offensichtlich ungeeignete Aufsichtsperson übergibt, setzt er sich dem Risiko einer Haftung gegenüber der Unfallkasse und dem Kind aus, sollte das Kind auf dem Weg einen Unfall erleiden und dabei verletzt werden.

Der unbegleitete Heimweg der Kinder von der Kindertageseinrichtung mit dem Fahrrad oder ähnlichen Fahrzeugen

Wie bei Punkt 1 schon erläutert, sind Kinder im Kindergartenalter noch nicht verkehrstüchtig. Darum empfiehlt die Polizei, nicht ohne Grund im Hinblick auf die fehlende Verkehrstüchtigkeit von kleinen Kindern, Kindern das Zurücklegen des Schulweges mit dem Fahrrad erst nach erfolgreichem Ablegen der Fahrradprüfung ohne Begleitung zu gestatten.

Die muss für die unreiferen Kindergartenkinder erst recht gelten. Der Gesetzgeber geht im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) in § 828 Abs. 2 sogar davon aus, dass Kinder bis zum vollendeten 10. Lebensjahr regelmäßig mit der Bewältigung der Abläufe im Straßenverkehr überfordert sind, unabhängig davon ob sie als Fußgänger oder mit Fahrrad, Roller oder anderen Fahrzeugen unterwegs sind.

Die Unfallkasse Baden-Württemberg ist daher der Auffassung, dass grundsätzlich die Aufsichtspflicht verletzt wird, wenn einem Kindergartenkind das Zurücklegen des Weges zum oder vom Kindergarten ohne Aufsicht oder in Begleitung einer hierfür ungeeigneten Person gestattet wird. Dies gilt in besonderem Maßen für Fahrräder oder anderen Fahrzeugen, da die

Kinder diese in so jungen Jahren motorisch nicht sicher beherrschen können, aber gleichzeitig erheblich Geschwindigkeiten erreichen können.

Bestehen Zweifel der Mitarbeiterinnen

Haben die Mitarbeiter/innen der Kindertageseinrichtung erhebliche Zweifel daran, dass das Kind aufgrund seiner Entwicklung und seinen persönlichen Voraussetzungen in der Lage ist, den Heimweg selbstständig und sicher zu absolvieren und am Straßenverkehr teilzunehmen, so soll das Kind nicht entlassen werden. Die Mitarbeiter/innen handeln fahrlässig oder sogar vorsätzlich, wenn sie dieses Kind ohne Begleitung nach Hause schicken.

Auch die Tagesverfassung des Kindes ist im Einzelfall zu berücksichtigen (z. B. Aufregung infolge eines Sturzes, eines Streits...). In diesem Fall werden die Mitarbeiter/innen der Kindertageseinrichtung die Personensorgeberechtigten informieren.

Dies bedeutet für unsere Einrichtungen:

Kinder dürfen nur allein nach Hause gehen, wenn dies mit der zuständigen Erzieherin abgeklärt wurde und eine schriftliche Einverständnis vorliegt.

In der Regel können die Kinder erst im letzten Kindergartenjahr den Heimweg allein bewältigen.

Kinder dürfen nicht von Geschwistern unter 12 Jahren abgeholt werden!

Kinder dürfen nicht mit Fahrzeugen alleine nach Hause gehen!

Kinder mit Fahrzeugen dürfen nur in Begleitung einer volljährigen abholberechtigten Person mit nach Hause gehen.

Ort, Datum:	
Unterschrift Personensorgeberechtigten	Unterschrift Personensorgeberechtigten

Abholberechtigung für den Heimweg



Eine pädagogische Fachkraft aus dem Kindergarten übernimmt Ihr Kind in den Räumen der Einrichtung und am Ende der Betreuungszeit entlässt sie es nach Hause. Sie als Personensorgeberechtigte sind für den Weg von und zu der Einrichtung allein verantwortlich.

Ich gebe mein Einverständnis, dass mein Kind:

Vor und Nachname:	Geburtsdatum:
Adresse:	
von nachfolgend aufgeführten Begleitpersonen abgeholt werden kann:	ı in meinem Auftrag von der Einrichtung
Vor und Nachname:	Telefon:
Verhältnis zum Kind:	
Vor und Nachname: Verhältnis zum Kind:	
Vor und Nachname: Verhältnis zum Kind:	
Vor und Nachname: Verhältnis zum Kind:	
Vor und Nachname: Verhältnis zum Kind:	
Ort, Datum:	
Unterschrift Personensorgeberechtigten	Unterschrift Personensorgeberechtigten

Erklärung zur Schweigepflicht

Hinweise zu datenschutzrechtlichen Bestimmungen bei der Begleitung von Kindern während der Kindergartenzeit.



Liebe Eltern,

in den kommenden Jahren werden Sie sich im Rahmen der Eingewöhnung, der Bring- und Abholzeiten, Festen, Feiern & Aktionen im Kindergarten aufhalten und das Geschehen dort hautnah miterleben. Ihnen werden Informationen über einzelne Kinder oder Kindergruppen und die Arbeit der pädagogischen Fachkräfte bekannt.

Wir weisen Sie darauf hin, dass Sie was auch immer Sie dort über andere Kinder erfahren, beobachten und erleben nicht weitertragen dürfen und verpflichten Sie zur Verschwiegenheit darüber. Laut Strafgesetzbuch § 203(2), (4), (5) ist die "Verletzung von Privatgeheimnissen" und laut § 204 die "Verwertung fremder Geheimnisse" strafbar.

Ihre Zeit bei uns in der Kindertageseinrichtung bringt es mit sich, dass Sie Einblicke erhalten, die der Definition nach personenbezogene Daten beinhalten und daher datenschutzrechtlichen Regelungen unterliegen.

Personenbezogene Daten sind alle Einzelangaben zu den persönlichen oder sachlichen Verhältnissen einer identifizierten Person oder zu identifizierenden Personen, dazugehören, z. B. auch das Verhalten oder der Entwicklungsstand von Kindern, Meinungen, Werturteile oder Weltanschauungen.

Soweit Sie also während des Aufenthalts in der Einrichtung bzw. einer anderen Situation im Zusammenhang mit der Einrichtung Kenntnis von personenbezogenen Daten erlangen, und sei es auch nur beiläufig, sind Sie darüber zum Schweigen verpflichtet.

Sie dürfen diese Informationen nur dann weiteren Personen mitteilen, wenn Sie das Einverständnis der betroffenen Person, bzw. bei Kindern der betreffenden Personensorgeberechtigten, eingeholt haben.

Hiermit verpflichte ich mich, der Schweigepflicht Rechnung zu tragen und die oben genannten Regelungen zur Kenntnis genommen zu haben und verpflichte mich zu deren Einhaltung.

Ort, Datum:	
Unterschrift Personensorgeberechtigten	Unterschrift Personensorgeberechtigten

Einverständniserklärung zur Erfassung von Daten zur Bildungs- und Entwicklungsdokumentation



Zur Umsetzung des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung für die badenwürttembergischen Kindertageseinrichtungen und für die der Entwicklung Ihres Kindes angemessene Begleitung und Förderung werden die Kinder beobachtet und die Bildungs- und Entwicklungsschritte dokumentiert.

Das Erstellen und Führen einer Bildungs- und Entwicklungsdokumentation (**Portfolio***) sieht vor, dass zum Zweck

- der Optimierung und Planung unserer p\u00e4dagogischen Angebote
- zur Optimierung unserer Rückmeldungen an Sie, was den Bildungs- und Entwicklungsstand Ihres Kindes/Ihrer Kinder anbelangt, von den Erzieherinnen gemachte Wahrnehmungen zu
 - besonderen Interessensäußerungen
 - besondere Fähigkeiten
 - Entwicklungsständen und Fortschritten
 - Hinweise darauf, dass in der einen oder anderen Hinsicht eine Förderung sinnvoll sein könnte
- Fotos zum Einblick in das Alltagsgeschehen im Kindergarten gemeinsam mit anderen abgelichtet werden kann

dokumentiert werden. Soweit Sie zugestimmt haben, beinhaltet die Dokumentation auch zweckmäßige Fotografien.

In Elterngesprächen oder bei sonstigen Gelegenheiten werden Sie regelmäßig über unsere Erkenntnisse informiert.

Eine Weitergabe dieser Daten an Dritte erfolgt nur nach Rücksprache mit Ihnen und mit Ihrer schriftlichen Genehmigung. Fotografien werden nur weitergegeben, wenn die betroffenen Erziehungsberechtigten die Frage 2 bejaht haben.

Nach dem Ausscheiden Ihres Kindes oder nach Widerruf Ihrer Zustimmung zur Führung einer solchen Entwicklungsdokumentation werden die bis dahin entstandenen Daten gelöscht bzw. vernichtet. Die Pflicht zur Löschung bzw. Vernichtung bezieht sich allerdings nicht auf diejenigen personenbezogenen Daten, die wir auf Grund gesetzlicher oder vertraglicher Bestimmungen erheben, verarbeiten und/oder nutzen müssen.

Hinweis:

Wenn Sie einwilligen, dass Fotos, auf denen Ihr Kind mit abgebildet ist, in der Bildungs- und Entwicklungsdokumentation eines anderen Kindes verwendet werden, dann werden solche Fotos den Eltern des anderen Kindes nicht überlassen.

Diese Einwilligung kann für die Zukunft jederzeit widerrufen werden, Dabei kann der Widerruf auch nur auf einen Teil der Medien oder der Datenarten oder Fotos bezogen sein. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Im Falle des Widerrufs werden entsprechende Daten zukünftig nicht mehr für die oben genannten Zwecke verwendet. Soweit die Einwilligung nicht widerrufen wird, gilt sie für die Dauer der pädagogischen einrichtungs-Zugehörigkeit, nach Ende der pädagogischen einrichtungs-Zugehörigkeit werden die Daten gelöscht. Videoaufzeichnungen werden nach Abschluss des Arbeitsauftrages, spätestens jedoch am Ende des Jahresgelöscht. Gegenüber der pädagogischen Einrichtung besteht ein Recht auf Auskunft über Ihre personenbezogenen Daten, ferner haben sie ein Recht auf

Berichtigung, Löschung oder Einschränkung, Ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung und ein Recht auf Datenübertragbarkeit. Zudem steht Ihnen ein Beschwerderecht bei der Datenschutzaufsichtsbehörde, dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg zu.

1.	Ich willige ein, dass für mein Kind			
	Name, Vorname	Geburtsdatur	n	
	eine Bildungs- und Entwicklungsdokument	ation geführt wird:		Ja Nein
2.	Ich willige ein, dass für die Bildungs- und E & Tonaufzeichnungen die unser Kind zeige			
3.	Ich willige ein, dass Fotos, auf denen meir und Entwicklungsdokumentation eines and			
4.	Ich willige ein, dass diese Fotos den Elterr elektronischer Form zur privaten Nutzung Mail, DVD, Stay Informed App)			
				Nein Nein
Elterni Die pä zuzust den A entste	ndet werden die Aufzeichnungen beispielsvinformationen / Aushängen oder zur Ansicht idagogischen Einrichtungen bitten ausdrücktimmen, um allen Kindern dieselben Grundvilltag ein Stück einfacher zu gestalten. Sien dem Kind keine Nachteile im Rahmer berechtigung gegenüber anderen Kindern.	im digitalen Bilderrah klich darum den ober voraussetzungen zu e sollte die Einwilligung	men eon n gena rmöglio nicht	ct. nnten Punkten chen und damit erteilt werden
Betreu endet,	Daten werden bis auf Widerruf, je Jungsverhältnisses bzw. bis zum Ende des E gespeichert bzw. vorgehalten. Die Einwil n, dafür genügt ein formloses Schreiben an	ligung kann jederzeit	em die schrift	Betreuungszeit lich widerrufen
	Portfolio ist Eigentum des Kindes. Es klungs-biografie in Form von Bildern, Texte			Bildungs- und
Ort, Da	atum:			
Unters	schrift Personensorgeberechtigten	Unterschrift Persone	nsorge	berechtigten

Einwilligungserklärung – Aushang von Fotos auf dem Gelände der Kindertageseinrichtung



1.	Ich willige ein, dass Fotos von meinem Kir	nd,		
	Name, Vorname	Geburtsdatum		
		ung dokumentieren, in und vor Räumen der erden. Die pädagogischen Fachkräfte achten en Fotos nicht nachteilig abgebildet ist.		
	☐ Ja / ☐ Nein			
2.	Ich willige ein, dass Fotos von meinem Kind in den Räumen der Einrichtung: am Garderobenplatz am Geburtstagskalender zur Identifizierung von Eigentum des Kindes, z. B. Kisten mit Wechselkleidung/Wickelutensilien oder persönlichen Fächern des Kindes vor der Einrichtung			
	mit Nennung des Vornamens und nach Be Nachnamens aufgehängt bzw. angebrach ankreuzen)	edarf des ersten Buchstabens des t werden (z.B. Max M.). (zutreffendes bitte		
zuzust den A entstel	immen, um allen Kindern dieselben Grund Iltag ein Stück einfacher zu gestalten. S	cklich darum den oben genannten Punkten voraussetzungen zu ermöglichen und damit Sollte die Einwilligung nicht erteilt werden n des Betreuungsverhältnisses, jedoch der		
Widerr den W Widerr gilt sie	nwilligung kann jederzeit schriftlich – auc ruf genügt ein formloses Schreiben an die Le iderruf der Einwilligung wird die Rechtmäßi ruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Sc	h nur teilweise – widerrufen werden. Zum eitung der pädagogischen Einrichtung. Durch igkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum oweit die Einwilligung nicht widerrufen wird, Zugehörigkeit. In der Kindertageseinrichtung		
Ort, Da	atum:			
Unters	chrift Personensorgeberechtigten	Unterschrift Personensorgeberechtigten		

Einwilligungserklärung – Interne Veröffentlichung sowie Veröffentlichung in örtlichen Druck-Medien



1.	Ich bin damit einverstanden, dass, mir und anderen das Alltagsgeschehen und in Aktivitäten der Einricht angefertigte Fotografien, Video und Tonaufnahmen, ist, in der Einrichtung ausgelegt, gezeigt und / oder i	tung gel auf der	pen wird, zu o n auch mein ł	diesem Zv Kind abge	weck
		(keine	e Angabe bed	leutet Nei	in)
2.	Ich bin damit einverstanden, dass während der gesa Einrichtung folgende Daten	amten Z	eit in der päd	agogisch	en
	Name Vorname Gruppenbild Einzelbild		Alter		
	meines Kindes				
	Name, Vorname	Gebu	rtsdatum		
verd	In folgenden Druckmedien (Hinweis: All diese Druckmedien) Kirchengemeindeblatt/Gemeindebrief Örtliches Amtsblatt Orts- und Regionalteil von Zeitungen	edien sind	d auch online eir	nsehbar / In	ternet)
Auf jede in a auff wer entf	im Internet veröffentlichte Fotos kann weltweit zugermann heruntergeladen, gespeichert, verfälscht, mit andere Zusammenhänge gestellt werden. Auch Fotofinden und können zur Erstellung oder Verfeinerung erden, Einmal im Internet veröffentlichte Information fernen. Die vorstehend genannten Druckmedien gesehen werden.	t andere os lasse ines Pe ien lass	en Information en sich mit "S rsönlichkeitsp sen sich kau	n verknüp Suchmas orofils ver m mehr	oft oder chinen" wendet daraus
3.	Ich willige ein, dass Fotos, Video und Tonaufnahme Erziehungsberechtigte ausgehändigt werden dürfen			an andere	•
					Ja Nein

Hinweis:

Eine Veröffentlichung von Fotos anderer Personen, insbesondere im Internet, ohne deren Zustimmung kann zur Geltendmachung von Schadenersatz-, -und Unterlassungsansprüchen führen.

Die pädagogischen Einrichtungen bitten ausdrücklich darum den oben genannten Punkten zuzustimmen, um allen Kindern dieselben Grundvoraussetzungen zu ermöglichen und damit den Alltag ein Stück einfacher zu gestalten. Sollte die Einwilligung nicht erteilt werden entstehen dem Kind keine Nachteile im Rahmen des Betreuungsverhältnisses, jedoch der Gleichberechtigung gegenüber anderen Kindern.

Hinweis:

Die Einwilligung kann jederzeit schriftlich – auch nur teilweise – widerrufen werden. Zum Widerruf genügt ein formloses Schreiben an die Leitung der pädagogischen Einrichtung. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Soweit die Einwilligung nicht widerrufen wird, gilt sie für die Dauer der Kinder tageseinrichtungs-Zugehörigkeit. In der Kindertageseinrichtung ausgelegte Fotos werden bei Widerruf entfernt.

Ort, Datum:	
Unterschrift Personensorgeberechtigten	Unterschrift Personensorgeberechtigten

Einverständniserklärung für Aktivitäten außerhalb der Einrichtung



Ich bin damit einverstanden, dass mein Kind	
Name, Vorname	Geburtsdatum
 an Ausflügen, Spaziergängen und andere Einrichtung stattfinden, teilnehmen darf. 	en Aktivitäten, die nicht auf dem Gelände dei
·	Kind auch unter Ziffer 1 genannten Aktivitäten nd öffentlichen Verkehrsmittel genutzt werden.
	o .
Ort, Datum:	
Unterschrift Personensorgeberechtigten	Unterschrift Personensorgeberechtigten

Einverständniserklärung - Kooperation



Die pädagogische Arbeit mit Kindern erfordert eine enge und intensive Zusammenarbeit mit anderen Institutionen wie Beispielsweise:

Behörden/Ämter

- Gesundheitsamt, Jugendamt, Beratungsstellen, Sozialamt
- Ausbildungsstätten für pädagogische Fachkräfte

Grundschul-, Frühförderklassen und Sondereinrichtungen

 Bei Entwicklungsverzögerungen oder schwierigen Einschulungsentscheidungen bedarf es der Kooperation zwischen Betreuungseinrichtung und Fachkräften der Frühförderung, des Sprachkindergartens u. a.

Therapeuten, Ärzte:

Logopäden,	Familientherapeut	en, Ergotherapeuter	n, Hausarzt,	Kinderarzt,	Facharzt

Ich bin damit einverstanden, dass Pädagogische Fachkräfte mit den oben aufgeführten Institutionen kooperieren und sich über mein Kind

Vor und Nachname:	Geburtsdatum:
Adresse:	
austauschen dürfen.	
Kommt es zu einer dieser Kooperationen, sind Sie werden über die Inhalte in Kenntnis gesetzt.	als Eltern immer mit einbezogen und
Ort, Datum:	
Unterschrift Personensorgeberechtigten	Unterschrift Personensorgeberechtigten

Einverständniserklärung - (medizinische) Versorgung



Nomo	Vornama	
ivame	, Vorname	Geburtsdatum
bei Be	edarf in der pädagogischen Einrichtung	folgendes benutzt/versorgt wird:
(dies e	ersetzt nicht das grundsätzliche Eincre	men / Versorgung zu Hause)
>	Sonnencreme	
>	Wind – und Wettercreme	
>	Wundschutzcreme	
>	Erstversorgung bei Mückenstichen und durch kühlendes Gel (Fenistil ohne C	m den Juckreiz und die Schwellung zu lindern Cortison)
>	Entfernung eines kleinen abstehende	en Holzsplitters (Spreisen)
>	Wund- und Heilsalbe (Bepanthen)	
>	Entfernung eines eingerissenen Nag-	els
>	Wunddesinfektion, z. B. bei einem M	enschenbiss
Ort, D	atum:	
	schrift Personensorgeberechtigten	

Einverständniserklärung - Zeckenentfernung



Zecken sind möglichst rasch zu entfernen, da sie Krankheitserreger übertragen können. Die Übertragung der Krankheitserreger erfolgt nach medizinischen Kenntnissen nicht direkt mit oder nach dem Biss, sondern erst nach sechs bis acht Stunden. Meistens ist aber der genaue Zeitpunkt des Zeckenbisses nicht bekannt, so dass direkter Handlungsbedarf besteht.

Um die Infektionswahrscheinlichkeit gering zu halten, sollte die Zecke möglichst rasch mit einer Zeckenkarte, Zeckenzange o.ä. so nah wie möglich an der Haut gegriffen und vorsichtig herausgehoben werden. In jedem Fall wird empfohlen die betroffene Hautstelle nach der Zeckenentfernung möglichst schnell zu desinfizieren. Hierbei handelt es sich um eine reine Prophylaxe Maßnahme, um der Entstehung von Entzündungen vorzubeugen.

Die Personensorgeberechtigten werden in jedem Fall über das Entfernen einer Zecke informiert und ebenfalls wird dies im Verbandsbuch dokumentiert.

ich din damit einverstanden, dass meinem Kil	na
Name, Vorname	Geburtsdatum
bei Bedarf in der Einrichtung von einer pädag darf.	ogischen Fachkraft eine Zecke entfernt werden
Ort, Datum:	
Unterschrift Personensorgeberechtigten	Unterschrift Personensorgeberechtigten

Belehrung für Eltern und sonstige Sorgeberechtigte durch Gemeinschaftseinrichtungen gem. § 34 Abs. 5 Satz 2 Infektionsschutzgesetz



In Gemeinschaftseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen oder Ferienlagern befinden sich viele Menschen auf engem Raum. Daher können sich hier Infektionskrankheiten besonders leicht ausbreiten.

Aus diesem Grund enthält das Infektionsschutzgesetz eine Reihe von Regelungen, die dem Schutz aller Kinder und auch des Personals in Gemeinschaftseinrichtungen vor ansteckenden Krankheiten dienen. Über diese wollen wir Sie mit diesem **Merkblatt** informieren.

1. Gesetzliche Besuchsverbote

Das Infektionsschutzgesetz schreibt vor, dass ein Kind **nicht in den Kindergarten, die Schule oder eine andere Gemeinschaftseinrichtung gehen darf,** wenn es an bestimmten Infektionskrankheiten erkrankt ist oder ein entsprechender Krankheitsverdacht besteht. Diese Krankheiten sind in *Tabelle 1* aufgeführt.

Bei einigen Infektionen ist es möglich, dass Ihr Kind die Krankheitserreger nach durchgemachten Erkrankung (oder seltener: ohne krank gewesen zu sein) ausscheidet. Auch in diesem Fall können sich Spielkameraden, Mitschüler-/innen oder das Personal anstecken. Nach dem Infektionsschutzgesetz ist deshalb vorgesehen, dass die "Ausscheider" bestimmter Bakterien nur mit Zustimmung des Gesundheitsamtes und unter Beachtung der festgelegten Schutzmaßnahmen wieder in eine Gemeinschaftseinrichtung gehen dürfen (Tabelle2).

Bei manchen besonders schwerwiegenden Infektionskrankheiten muss Ihr Kind bereits dann zu Hause bleiben, wenn eine andere Person bei Ihnen im Haushalt erkrankt ist oder der Verdacht auf eine dieser Infektionskrankheiten besteht. (*Tabelle 3*)

Natürlich müssen Sie die genannten Erkrankungen nicht selbst erkennen können. Aber Sie sollten bei einer ernsthaften Erkrankung Ihres Kindes ärztlichen Rat in Anspruch nehmen (z.B. bei hohem Fieber, auffallender Müdigkeit, wiederholtem Erbrechen, Durchfällen und anderen ungewöhnlichen oder besorgniserregenden Symptomen). Ihr/e Kinderarzt/-ärztin wird Ihnen darüber Auskünfte geben, ob Ihr Kind eine Erkrankung hat, die einen Besuch einer Gemeinschaftseinrichtung nach dem Infektionsschutzgesetz verbietet.

Gegen einige Krankheiten stehen Schutzimpfungen zur Verfügung. Ist Ihr Kind ausreichend geimpft, kann das Gesundheitsamt darauf verzichten, ein Besuchsverbot auszusprechen.

2. Mitteilungspflicht

Falls bei Ihrem Kind aus den zuvor genannten Gründen ein Besuchsverbot besteht, informieren Sie uns bitte unverzüglich darüber und über die vorliegende Krankheit. Dazu sind Sie gesetzlich verpflichtet und tragen dazu bei, dass wir zusammen mit dem

Gesundheitsamt die notwendigen Maßnahmen gegen eine Weiterverbreitung ergreifen können.

3. Vorbeugung ansteckender Krankheiten

Gemeinschaftseinrichtungen sind nach dem Infektionsschutzgesetz verpflichtet, über Allgemeine Möglichkeiten zur Vorbeugung ansteckender Krankheiten aufzuklären.

Wir empfehlen Ihnen daher unter anderem darauf zu achten, dass Ihr Kind allgemeine Hygieneregeln einhält. Dazu zählt vor allem das **regelmäßige Händewaschen** vor dem Essen, nach dem Toilettenbesuch oder nach Aktivitäten im Freien.

Ebenso wichtig ist ein **vollständiger Impfschutz** bei ihrem Kind. Impfungen stehen teilweise auch für solche Krankheiten zur Verfügung, die durch Krankheitserreger in der Atemluft verursacht werden und somit durch allgemeine Hygiene nicht verhindert werden können (z. B. Masern, Mumps und Windpocken).

Weitere Informationen zu Impfungen finden Sie unter ww.impfen-info.de

Sollten Sie noch Fragen haben, wenden Sie sich bitte an Ihre/n Haus- oder Kinderarzt/ärztin oder an Ihr Gesundheitsamt. Auch wir helfen Ihnen gerne weiter.

Tabelle 1

Besuchsverbot von Gemeinschaftseinrichtungen und Mitteilungspflicht der Sorgeberechtigten bei Verdacht auf oder Erkrankung an folgenden Krankheiten:

ansteckende Borkenflechte (Impetigo contagiosa)	Keuchhusten (Pertussis)
ansteckende Lungentuberkulose	Kinderlähmung (Poliomyelitis
bakterieller Ruhr (Singellose)	Kopflausbefall (wenn die korrekte Behandlung noch nicht begonnen wurde)
Cholera	Krätze (Skabies)
Darmentzündung (Enteritis), die durch EHEC verursacht wird	Masern
Diphtherie	Meningokokken-Infektionen
durch Hepatitisvieren A oder E verursachte Gelbsucht/Leberentzündung (Hepatitis A oder E)	Mumps
Hirnhautentzündung durch Hib-Bakterien	Pest
Infektiöser, d.h. von Viren oder Bakterien verursachter Durchfall und/oder Erbrechen (gilt nur für Kinder unter 6 Jahren)	Röteln

Typhus oder Paratyphus	Scharlach oder andere Infektionen mit dem Bakterium Treptococcus Pyogenes
Windpocken (Varizellen)	Virusbedingtes Hömorrhagisches Fieber (z. B. Ebola)

Tabelle 2

Besuch von Gemeinschaftseinrichtungen nur mit **Zustimmung des Gesundheitsamtes** und **Mitteilungspflicht** der Sorgeberechtigten bei **Ausscheidung** folgender Krankheitserreger:

Cholera-Bakterien	Typhus oder Paratyphus-Bakterien
Diphtherie-Bakterien	Shigellenruhr-Bakterien
EHEC-Bakterien	

Tabelle 3

Besuchsverbot und Mitteilungspflicht der Sorgeberechtigten bei Verdacht auf Erkrankung an folgenden Krankheiten bei einer anderen Person in der Wohngemeinschaft.

Ansteckungsfähige Lungentuberkulose	Meningokokken-Infektionen
Bakterieller Ruhr (Shigellose)	Mumps
Cholera	Pest
Darmentzündung (Enteritis), die durch EHEC verursacht wird	Röteln
Diphtherie	Typhus oder Paratyphus
durch Hepatitisviren A oder E verursachte	Virusbedingtes Hömorrhagisches Fiber (z.
Gelbsucht/Leberentzündung (Hepatitis A oder E)	B. Ebola)
Hirnhautentzündung durch Hib-Bakterien	Windpocken
Kinderlähmung (Poliomyelitis)	
Masern	

Ich habe die schriftliche Belehrung zur Kenntnis genommen und bin mir darüber bewusst, da ich ansteckende Krankheiten meines Kindes		
Name, Vorname	Geburtsdatum	

dem pädagogischen Personal oder den Verdacht darauf umgehend mitzuteilen habe.

Bitte ausgefüllt in der pädagogischen Einrichtung abgeben!

Dies gilt ebenso für den Verdacht ansteckend	der Krankheiten in häuslicher Umgebung.
Mir ist bekannt, dass die Einrichtungsleitungs Krankheitsverdacht namentlich an das zustär	•
Ort, Datum:	
Unterschrift Personensorgeberechtigten	Unterschrift Personensorgeberechtigten

Mitteilung bei Läusebefall



Aufgrund der Tatsache, dass immer wieder Kopfläuse in pädagogischen Einrichtungen auftreten können, möchten wir Sie bitten, uns frühzeitig bei der Bekämpfung zu unterstützen:

- Bei akutem Befall eines der Kinder in der Einrichtung verpflichten wir uns, den Kopf unseres Kindes täglich gründlich auf Läuse und Nissen zu untersuchen.
- Habe ich bei meinem Kind Läuse und/oder Nissen festgestellt, verpflichte ich mich, der Einrichtung sowie mein persönliches Umfeld (Sitznachbarn, Freunde, Spielkameraden) umgehend zu informieren. Des Weiteren verpflichte ich mich, die Anweisungen zur Bekämpfung der Läuse zu befolgen.
- Ich bin damit einverstanden, dass das Gesundheitsamt und/oder Mitarbeiterinnen der Einrichtung/ Schule unser Kind jederzeit auf Läuse- und Nissenfreiheit untersuchen bzw. kontrollieren.
- Ich bin darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Gemeinde Sonnenbühl im Falle eines Läusebefalls Gebrauch von Ihrem Hausrecht macht und das betroffene Kind erst 24 Stunden nach der Behandlung wieder die pädagogische Einrichtung besuchen darf.

Ort, Datum:	
Unterschrift Personensorgeberechtigten	Unterschrift Personensorgeberechtigten